Schanzen-Leben

DM 1.50

SEPT. 81

STADTTEILZEITUNG



Quelle Buntbuch-Verlag

SCHANZENVIERTEL

Aus der Redaktion

Wir haben uns gedacht, daß der/die Leser(in) bei dem doch ziemlich hohen Preis von DM 1,50 das Recht haben, unsere Abrechnung für die erste Ausgabe des „Schanzenleben" zu sehen. Hier ist sie:

Auflage: 1000 Stück

Ausgaben:	Druckkosten	DM 1. 200,–
	Layout/Composer	DM 145,–
		DM 1. 345,–

Einnahmen:	Verkauf (650 Ex.)	DM 975,–
	Anzeigen/Spenden	DM 195,–
		DM 1. 170,–

Das ergibt einen Verlust von ca. 175,–, wobei diverse Anschaffungen hierin noch nicht enthalten sind.
Da wir jetzt einen billigeren Drucker gefunden haben und auch mehr (aber nicht zuviele) Anzeigen reinnehmen wollen, hoffen wir, mit dieser Ausgabe besser klarzukommen. In jedem Fall sind wir dankbar für Spenden!
Hier unser Spendenkonto:
Freies Kinder- und Stadtteilzentrum
Kto. Nr. 935 02-202 Postscheckamt Hamburg
mit Hinweis: Spende Schanzenleben

Zum Organisatorischen. Obwohl die meisten Artikel bisher von Bürgerinitiativen und Einzelpersonen geschrieben wurden, braucht die Redaktion dringend Unterstützung. Also, wer Lust hat zum Tippen, Layouten, Verkaufen etc., meldet Euch im Kinderzentrum, Bartelsstr. 7.
Die Redaktion (Peter, Peter, Heidi, Werner, Herwig, Birgit, Holger, Horst)

Straßenfeste/Bürokraten

Ich habe die Schnauze ziemlich voll. Ahnungslos hatte ich das Stadtteilfest in der Bartelsstraße am 5.9.81 angemeldet. Was dann kam, machte mich wütend und fassungslos. Hier nur einige Beispiele:

Also, wurde mir vom Bezirksamt Hamburg-Mitte mitgeteilt, wenn Mitglieder einer Bürgerinitiative einen Kuchen backen und diesen an Festbesucher gegen eine Spende abgeben, so ist dafür bei der Arbeits- und Sozialbehörde eine *Sammelgenehmigung* zu beantragen.
Gesagt, getan. Diese Behörde machte mich dann darauf aufmerksam, daß ich schon jetzt benennen müsse, was mit eventuellen Überschüssen (schön wär's) passiert, und daß außerdem nach dem Fest



eine genaue Abrechnung eingereicht werden müsse (also Leute, sammelt mal Belege, wenn ihr Zutaten für einen Kuchen kauft!).
Der dickste Hammer war jedoch folgender:
Sollten wir den Wunsch haben, Girlanden (aus Papier!) über die Straße zu spannen, müsse zuerst von der Baubehörde durch Statiker geprüft werden, ob das die Häuser aushalten. So das Bezirksamt Hamburg-Mitte. Auf leise Einwendungen von mir, daß das ganze wohl etwas überzogen wäre, bekam ich die Antwort:
Wir haben die Gesetze nicht gemacht und wenn Sie etwas ändern wollen . . . Blah, blah.
Nebenabgedruckten Bußgeldbescheid erhielten die Leute, die das Fest in der Ludwigstraße organisiert haben. Kommentar ist wohl überflüssig.

Peter





Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Mitte
Bauamt, Verwaltungsabteilung

Den 31.07.1981

☎ 2 48 25-2777/2776
BN 9.54- " "
Postfach 10 22 20, 2 HH 1
Klosterwall 8, Zi. 820/821

Gz. M/BA 112
(bei Schriftwechsel bitte angeben)

Bitte überweisen Sie den zu zahlenden Betrag an die
Landeshauptkasse Hamburg
Konten: Hamburgische Landesbank
(BLZ 200 500 00) Konto-Nr. 101 600/050
oder Postscheckamt Hamburg
(BLZ 200 100 20) Kto.-Nr. 1011 00-202

el-ra

Frau
Eva-Maria Heins-Rueß
Schanzenstraße 16

2000 Hamburg 6

Kassenzeichen
81069

Bei Überweisungen ist unbedingt das vorstehende Kassenzeichen anzugeben, da sonst eine Buchung des Betrages nicht möglich ist.

Zahlungen können nur bargeldlos durch Überweisung auf eines der oben genannten Konten geleistet werden.

nachrichtlich an (Name und Anschrift)
☐ als Verteidiger
☐ als gesetzlicher Vertreter

Zahlungsfrist bis zum 28.08.1981

Bußgeldbescheid

☒ Postzustellungsurkunde ☐ Empfangsbekenntnis

Sie haben am 10.05.1981 (Feststellungszeit 00.05 Uhr) auf der öffentlichen Wegefläche Ludwigstraße
1. eine Absperrung durch unbeleuchtete Schrammborde vorgenommen,
2. eine Girlande in ca. 2 m Höhe über die gesamte Breite der Ludwigstraße gespannt (Seite Schanzenstraße).
3. die befristete Sperrungszeit um mehr als 6 Stunden überschritten.

Damit haben Sie die Auflagen zu 1. und 3. der Erlaubnis vom 27.04.81 nicht beachtet und zu 2. die Fläche unerlaubt genutzt.
Dadurch haben Sie öffentlichen Wegegrund über die Teilnahme am allgemeinen öffentlichen Verkehr hinaus unerlaubt in Anspruch genommen und gegen §§ 16 und 19 des Hamburgischen Wegegesetzes schuldhaft verstoßen.

Ihr Verhalten ist ordnungswidrig nach § 72 Absatz 1 Nr. 2 u. 3 des Wegegesetzes

in Verbindung mit dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten - OWiG -
Beweismittel: Zeugnis des PHW Bruhn (PRW 16) vom 13.05.81

Ihre Einlassungen vom 19. Juni 1981 vermögen Sie nicht zu entlasten, weil nach Rückäußerung vom 07.07.81 die Verkehrszeichen nicht fristgerecht entfernt und die Auflage, die Absperrung zu beleuchten, nicht eingehalten wurde. Darüber hinaus wurde die Girlande unerlaubt aufgestellt.

Wegen dieser Ordnungswidrigkeit wird gegen Sie eine Geldbuße festgesetzt von		50,- DM
Außerdem haben Sie die Kosten des Verfahrens	- Gebühren	10,- DM
	- Auslagen	4,- DM
sowie Ihre eigenen Auslagen zu tragen.	Zahlungsfrist nach Rechtskraft siehe oben	64,- DM
	Betrag in Worten (unter 1000 DM entbehrlich)	

RA/Z-20.21/3 · 08.77

bitte wenden!



Augustenpassage Privatweg?

Seit einigen Wochen wird an und in den Häusern der Augustenpassage gearbeitet („modernisiert"). Seit dieser Zeit hängen an beiden Straßenenden Schilder mit der Aufschrift: ‚Privatweg, Durchgang verboten'. Das soll wohl ein Witz sein! Die Schilder müssen weg oder nicht beachtet werden.

die Öffentlichkeit





Nie wieder Krieg

33 Jahre ist es jetzt her, daß der 2. Weltkrieg mit der Kapitulation Nazi-Deutschlands beendet wurde. 50 Millionen Menschen ließen darin ihr Leben.

Heute, nach 33 Jahren relativen Friedens, hat sich die Kriegsgefahr in der Welt aktuell verschärft. Die schlimmsten Auswüchse dieser Lage sind der NATO-Doppelbeschluß und der Beschluß der Reagan-Administration, die Neutronenbombe zu bauen.
In diesem Artikel ist es mir konkret nicht möglich, die Politik der USA/NATO, Sowjetunion/Warschauer Pakt und BRD insgesamt zu beleuchten. Deshalb will ich hier nur auf die Politik der USA eingehen. In den folgenden Nummern soll was zur BRD und zur Friedensbewegung erscheinen.

Aktuelle Lage

Seit dem 2. Weltkrieg bis heute hatten wir einen „Frieden", der gekennzeichnet war durch ein „Gleichgewicht des Schreckens" im atomaren Bereich., zwischen den beiden Machtblöcken NATO und Warschauer Pakt (WP). Dieses Gleichgewicht des Schreckens bedeutet, daß keiner der Machtblöcke den anderen angreifen kann, ohne daß der andere die Möglichkeit hat, einen verheerenden Gegenschlag zu führen. Also erschien vor allem dem US-Imperialismus ein Angriff bislang nicht lohnenswert. Die bisherige Entwicklung war ja vor allem dadurch gekennzeichnet, daß es der Sowjetunion immer wieder gelungen ist - wenn auch mit einer Verspätung von 5 - 10 Jahren -, den technologischen Vorsprung der USA aufzuholen. Mit den Raketen vom Typ Pershing II und Cruise Missile ist es den USA allerdings jetzt gelungen, aus dem Gleichgewicht des Schreckens auszubrechen und eine eindeutige Vormachtstellung im Bereich der taktischen Atomwaffen zu erlangen, dem die Sowjetunion erstmal nichts entgegenzusetzen hat. Beide Waffen sind reine Angriffswaffen und taugen zu defensiven Aufgaben überhaupt nicht.

Mit dem Beschluß der Reagan-Administration, die Neutronenbombe zu bauen, hat die ganze Entwicklung Richtung Krieg einen neuen Schub erhalten, obwohl davon auszugehen ist, daß die Sowjetunion in nächster Zeit wohl verkünden wird, daß sie ebenfalls die Neutronenbombe besitzt.
Mit der Neutronenbombe scheint ein sogenannter taktischer (sprich begrenzter) Atomkrieg möglich, der vor allem für den US-Imperialismus die Möglichkeit in sich birgt, die eigenen Verluste möglichst gering zu halten. Denn als Gefechtsfeld für einen derartigen Krieg ist von ihm Mitteleuropa und hier speziell die BRD ausersehen worden. Die Reagan-Administration hat, um ihre Überlegenheit weiter auszubauen, mittlerweile ein gigantisches Aufrüstungsprogramm in Angriff genommen, welches die für uns unglaubliche Summe von rund 3 Billionen Dollar bis 1985 umfassen soll. Dieses Programm kennzeichnet auch die Reaktion der Sowjetunion. Denn Volkswirtschaftlich ist die Sowjetunion kaum in der Lage, mit dem US-Imperialismus Schritt zu halten, außer, sie würde aus ihrem eigenen Volk und den Völkern der mit ihr verbündeten Staaten das Letzte herausholen. Daß sie dazu in der Lage ist, möchte ich angesichts der Schwierigkeiten, die die Sowjetunion im eigenen Machtbereich hat, bezweifeln.

Motive des US-Imperialismus

DieUSA Hat durch den 1. Weltkrieg den Durchbruch zur Weltmacht Nr. 1 geschafft. Infolge der schweren Kriegsschöden der in Europa kriegführenden Parteien und den geringen eigenen Verlusten, hatten die USA bis 1920 einen Anteil an der Weltproduktion von 47%. Dieser Durchbruch zur Weltmacht Nr. 1 scheint ziemlich schwer in Richtung Größenwahn auf das Gemüt etlicher Repräsentanten des US-Kapitals geschlagen zu sein. So meinte unter anderem Denny Ludwell in seinem 1930 erschienenen Buch „Amerika schlägt England. Geschichte eines Wirtschaftskrieges" folgendes: „Zu klug, um uns an der Regierung der Welt zu versuchen, werden wir uns mit ihrem Besitz begnügen." Diese Maxime hat die Politik des US-Iperialismus bis heute bestimmt. Bei der Einlösung hat ihr jedoch mehr oder weniger seit 1917 die Sowjetunion im Wege gestanden. Dazu meinte der ehemalige US-Präsident Hoover 1931 in einem Interview, daß sein Ziel „die Vernichtung der UdSSR" sei. Diese Grundposition wurde auch während des zweiten Weltkrieges nicht von den USA verlassen. Daß sie dennoch mit der Sowjetunion ein Bündnis eingingen, lag daran, daß einerseits wenig Aussichten bestanden, bei einem Zusammenbruch der Roten Armee in Nordwesteuropa einen Sieg zu erringen, andererseits Japan als Verbündeter der europäischen Achsenmächte die USA in Pearl Harbour angriff. Doch bereits während des 2. Weltkrieges dachte die USA darüber nach, wie sie eine Änderung der Kriegskoalition zuungunsten der Sowjetunion erreichen könnte. Aber 1944 brachte eine Analyse der vereinigten Stabschefs der USA ein niederschmetterndes Ergebnis:

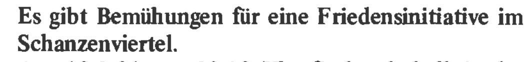
„Wenn man die infrage kommenden Faktoren entsprechend in Betracht zieht - Hilfsquellen, Menschenmaterial, geographische Lage und insbesondere unsere Fähigkeit, unsere Streitkräfte über den Ozean zu werfen und sie entscheidend auf dem Kontinent einzusetzen - könnten wir in der Lage sein, Großbritannien erfolgreich zu verteidigen, aber wir könnten unter den gegebenen Bedingungen nicht Rußland schlagen. Mit anderen Worten, wir würden uns in einen Krieg verwickelt finden, den wir nicht gewinnen können."
Daraus folgte, daß die USA ihr Vorhaben, die Sowjetunion zu vernichten, erstmal zurückstellte, um den laufenden Krieg zu gewinnen. Was dann ja auch geschah, wobei es die USA akzeptierte, daß sie den Sieg mit der Sowjetunion teilen mußte, aber gleichzeitig ihre anderen imperialistischen Konkurrenten aus dem Felde geschlagen hatte.

Mit dem Einsatz der Atombombe gegen die Japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki, der angesichts der militärischen Lage Japans völlig unsinnig war, zeigte die USA den Völkern der Welt und insbesondere der Sowjetunion, daß sie bereit war, diese Waffe bedenkenlos einzusetzen.
Nach der Vernichtung des Hitler-Faschismus gingen die USA sofort dazu über, die Vernichtung der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Staaten zu planen. Dabei richtete sich die USA nach der vom damaligen Außenminister Byrnes 1945 herausgegebenen Maxime: „Was wir jetzt tun müssen, ist nicht, die Welt für die Demokratie, sondern für die Vereinigten Staaten sicher zu machen."

Diese Maxime gilt heute noch uneingeschränkt und ist in jedem Schritt der USA nachvollziehbar.
Erst mit der Zündung der ersten sowjetischen Atombombe wurde diese Politik der USA in Bezug auf das sogenannte „realsozialistische Lager" Einhalt geboten.
Dadurch daß die Sowjetunion nun ein atomares Gegenschlagpotential hatte, welches die USA nicht ausschalten konnte, war die USA zu einer graduellen Änderung ihrer Politik gezwungen. Zum einen war sie in der Zeit nicht in der Lage, die Sowjetunion direkt anzugreifen; zum anderen fingen die Völker in der Welt an, sich zunehmend gegen die Vorherrschaft des US-Imperialismus zu wehren. Immer mehr Völkern gelang es, sich aus den unmittelbaren Klauen des US-Imperialismus zu befreien, und ihm damit schwere Schläge zu versetzen. Hier seien vor allem Kuba, Vietnam, Kambodscha und Laos zu nennen, sowie eine Reihe afrikanischer Staaten. Bei diesen Auseinandersetzungen spielte aber immer die Rivalität zwischen den USA und der Sowjetunion eine große Rolle, da sich die Sowjetunion den Befreiungsbewegungen als Alternative zur USA anbot. Hierbei trat die Sowjetunion jedoch nie in die direkte Konfrontation mit der USA.
Nach der Niederlage im Vietnam-Krieg, der für die USA einen erheblichen Substanzverlust mit sich brachte (den Völkern der Welt war deutlich geworden, daß die Befreiung möglich war, und der US-Imperialismus hatte sich als Hauptkriegstreiber entlarvt) – danach gingen die USA dazu über, ihr Image wieder aufzupolieren. Hierzu wurden mit der Sowjetunion sog. Abrüstungsverhandlungen geführt. Beide Blöcke schienen diesen Schwindel sehr nötig gehabt zu haben, denn vergleicht man die in den SALT-Verhandlungen festgelegten Kontingente mit dem, was zur selben Zeit bereits produziert worden war, so kommt man sehr schnell zu dem Schluß, daß a) sich beide Mächte erhebliche Aufrüstungskontingente zugeschustert haben und b) über die Reduzierung von Waffen verhandelt haben, die sie eh verschrottet hätten.

Dieses Wortgeklingel ist nun vom US-Imperialismus durchbrochen worden. Die Reagan-Administration ist schnurstracks zu den alten amerikanischen Doktrinen zurückgekehrt. So meinte Reagan, „Frieden kommt (??) nicht durch Schwäche oder Rückzug. Er kann nur kommen (!!), wenn Amerika seine militärische Überlegenheit wiederherstellt." (Reagan 1976 in einer Fernsehansprache.) Damit hat der US-Imperialismus wieder eindeutig die Rolle des Hauptkriegstreibers in der Welt übernommen.

Peter G.



Es gibt Bemühungen für eine Friedensinitiative im Schanzenviertel.
Am 10.9.81 um 20.00 Uhr findet deshalb in der Gaststätte „Schäfereck" in der Schäferstraße ein Treffen statt.
Wir wollen eine Erklärung der Bewohner des Schanzenviertels gegen die Neutronenbombe und gegen die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen erstellen und Öffentlichkeitsaktionen und eventuell eine Veranstaltung fürs Schanzenviertel vorbereiten.
Wär gut, wenn sich noch mehr Leute daran beteiligen würden.

Kommunale Fraueninitiative in Eimsbüttel

Mißhandlungen und Vergewaltigung von Frauen sind sichtbarsterAusdruck der allgemeinen Unterdrückung des weiblichen Geschlechts in dieser Gesellschaft. Obwohl die Zahl der mißhandelten und vergewaltigten Frauen in der BRD seit eh und je zwischen 1 und 4 Millionen liegt (die Dunkelziffer ist enorm hoch), ist lediglich in jüngster Vergangenheit eine Sensibilisierung zum Thema "Gewalt gegen Frauen" in der Öffentlichkeit feststellbar. Konkrete Hilfsmaßnahmen oder aber eine genaue Untersuchung über das tatsächliche Ausmaß der Gewalt werden kaum angeboten.

Wir berichteten bereits in der letzten Ausgabe der BUNTEN ZEITUNG daß die Eimsbütteler Parlamentsfraktion auf Initiative der "Kommunalen Fraueninitiative" eine umfangreiche Anfrage an verschiedene Hamburger Behörden gestellt hatte und auch, daß die Antworten mehr als unbefriedigend waren.

Trotzdem oder gerade deshalb hat sich die 'Kommunale Fraueninitiative' daran gemacht und weitere konkrete Anfragen entwickelt, die helfen sollen, zumindest in dem Bezirk Eimsbüttel mehr über die Arbeits- und Wohnsituation von mißhandelten Frauen zu erfahren und darüberhinaus weitere konkrete Fragen über die Arbeit der einzelnen Behörden ausgearbeitet. Diese Anfragen sind wegen der derzeitigen parlamentarischen Sommerpause noch nicht beantwortet, werden aber unmittelbar danach sicherlich einen wichtigen Punkt in der Arbeit der Initiative darstellen. Denn erst wenn das wirkliche Ausmaß der Gewalt gegen Frauen erfaßt ist, können wirklich tiefgreifende Hilfsmaßnahmen formuliert und gefordert werden, die der tatsächlichen Situation entsprechen. Hilfreich wird dabei auch die im September erscheinende Arbeit der "Leitstelle für Frauenfragen" sein, die für ganz Hamburg eine Untersuchung zu diesem Thema vorlegen will.

Obwohl die Arbeit zu diesem Thema alles andere als abgeschlossen ist, hatte die BUNTE LISTE Fraktion in der letzten Sitzung vor der Sommerpause im Juni mehrere Anträge ins Parlament eingebracht, die bereits konkrete Forderungen beinhalteten. Im einzelnen wurde beantragt:

1. sofortige finanzielle Unterstützung für die BIFF (Beratung und Information für Frauen),

2. finanzielle Unterstützung für die PRO FAMILIA, damit endlich ein länger geplantes integriertes Beratungszentrum für Frauen verwirklicht werden kann.

Beide Anträge wurden erfreulicherweise angenommen, sodaß jetzt der Hamburger Senat das letzte – hoffentlich ebenfalls zustimmende - Wort hat.

Um in einem größeren Kreis und vor mehr Öffentlichkeit über dieses Thema zu diskutieren wurde :
3. ein öffentliches Hearing beantragt.

Dieser Forderung mochte keine der etablierten Parteien widersprechen, jedoch soll die endgültige Beschlußfassung erst nach der Sommerpause gefällt werden. Insbesondere die SPD betonte immer wieder, daß sie für ein Hearing sein, die genauen Modlitäten aber erst noch diskutieren will.

Man wollte dem keinen Glauben schenken und behauptete einfach, so etwas würde in der Praxis nicht vorkommen.

Es wird jetzt evtl. Aufgabe des Hearings sein, konkrete Fakten zu bringen und vor allem beide Wohnungsinstitute aufzufordern, diese Praxis unverzüglich einzustellen.

Summasummarum: eine Bezirksversammlung die eine gute Unterstützung für die weiteren außerparlamentarischen Aktivitäten der "Kommunalen Fraueninitiative" darstellt. Bei aller inhaltlichen guten Vorbereitung und Diskussion in der Initiative war sicherlich auch nicht unerheblich, daß viele Frauen selber gekommen waren um die Debatte zu verfolgen. Geradezu Seltenheitswert hatte dabei noch die Tatsache, daß die etablierten Parteien bereit waren die Tagesordnung zu ändern und gleich zu Beginn der Sitzung über dieses "heiße Thema" zu debattieren.

Die "Kommunale Fraueninitiative" wird jetzt unmittelbar Überlegungen anstellen unter welchen optimalen Bedingungen, Fragestellungen Diskussionsbeiträge und Resultate zu erzieleb sind. Frauen, die an diesem Thema interessiert sind, sich informieren oder mitarbeiten wollen, können sich an

Bleibt zu hoffen, daß das keine billige Verzögerungstaktik war, sondern die SPDler die aus ihrer Sicht gewonnene Zeit auch wirklich nutzen, um ihrerseits diskutable Vorschläge zu unterbreiten.

Ähnlich ging es allen anderen Anträgen der BUNTEN LISTE. Es wurde lange darüber diskutiert, beschließen wollte man aber noch nicht. So sind die Anträge auf Einsatz weiblicher Polizei, Durchführung einer Statistik zum Thema "Gewalt gegen Frauen" ebenfalls in einen Ausschuß überwiesen worden.

Rigoros abgelehnt wurde hingegen ein Antrag, der sich dagegen aussprach, daß Frauen aus Frauenhäusern bei der Vergabe von Wohnungen durch die NEUE HEIMAT und SAGA weiterhin diskriminiert werden.

Heidi 439 47 36 oder
Christine 439 936
wenden.

Ilona Kiene

---

10. September 1981
19.00 Uhr
Hamburg – Audi Max – Von Melle Park

Großveranstaltung „Rettet die Elbe jetzt": Der Altenwerder Fischerverein, der Förderkreis „Rettet die Elbe" und viele mehr befragen die politischen Verantwortlichen von Bund, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg zu den fünf Forderungen . . .

1. sofortiges Verbot aller Schwermetalleinleitungen in die Elbe.
2. Sanierung der Elbe bis 1984
3. Aufstellung eines Planentwurfs zur Sanierung der Elbe bis September 1981. Anschließend öffentliche Erörterung dieses Entwurfs mit den betroffenen Elbanwohnern.
4. Abkommen mit DDR und CSSR zur Reduzierung der grenzüberschreitenden Abwasserfracht.
5. Ausreichende Maßnahmen zur Erhaltung der Elbfischerei für die Übergangszeit.

. . . und beraten entsprechend dem Ausgang dieser Befragung geeignete Aktionen zur Durchsetzung der fünf Forderungen.

****

Während des Gesundheitstages in Hamburg vom 30.9. – 3.10.1981 wird es mehrere Veranstaltungen und Aktionen bzgl. der Elbeverseuchung geben (u.a. von AgUl, Uschugru Physik/Geowissenschaften). Näheres bitte den aktuellen Ankündigungen entnehmen.

INITIATIVEN IM SCHANZENVIERTEL
Kontaktadressen (Stand Juni 1981)

Initiative EIN HAUS FÜR ALLE
jeden Donnerstag 20.00 Uhr, Kinderzentrum Bartelsstraße 7, 2000 Hamburg 6

LADEN KAMPSTRASSE (Initiativentreffpunkt, Werkstätten Filme)
Kampstraße 11, 2000 Hamburg 6, Tel. 43 65 71

Mieterinitiative SCHULTERBLATT
jeden Dienstag 20.00 Uhr, Kinderzentrum Bartelsstraße 7
Kontakt: Ilona Stich, Tel. 430 08 88

MIETERINITIATIVE SCHANZENVIERTEL
jeden Montag 18.00 Uhr Mieterberatung, jeden Montag 20.00 Uhr Treffen Stadtteilbüro Margaretenstraße 50
Kontakt: Ute Müller, Tel. 43 34 71

KULTURVEREIN SCHANZENVEIRTEL e.V.
jeden Montag 18.00 Uhr, Stadtteilbüro Margaretenstraße 50
Kontakt: Volkmar Blume, Tel. 439 97 74

KINDERWOHNHAUS STERNSCHANZE (Verein für stadtteilbezogene milieunahe Heimerziehung)
Schanzenstr. 16-18, 2 HH 6, Tel. 43 76 44
Kontakt: Axel Reinke, Tel. 43 76 44

Die DRUCKEREI (Bücher, Spielzeugladen)
Schanzenstraße 59, 2 HH 6, Tel. 439 68 32

Freies KINDER- und STADTTEILZENTRUM
Bartelsstraße 7, 2 HH 6, geöffnet 14.00 Uhr - 18.30 Uhr für Kinder. Ferienaktionen nur gemäß Aushang
Kontakt: Werner Mecke, Tel. 439 68 32

KINDERSTUBE ALTONA e.V. (Kleinkinderladen für3 - 7 Jährige, staatlich gefördert, nur nach Anmeldung)
Bartelsstraße 65, 2 HH 6, Tel. 43 68 55

Bürgerinitiative Schanzenviertel (AKW)
jeden Dienstag 20.00 Uhr, Druckerei Schanzenstraße 59
Kontakt: Peter Haß, Tel. 430 08 88

Bürgerinitiative Schulterblatt (AKW)
jeden Mittwoch, 20.00 Uhr, Laden Kampstr. 11, 2 HH 6, Tel. 43 65 71

OMNIBUS e.V. (offene Kinderarbeit)
jeden 2. Montag, 20.30 Uhr
Juliusstraße 16, 2 HH 50, Tel. 439 41 50

KINDERGLÜCK e.V. (offene Kinderarbeit)
Beckstraße/Ecke Sternstraße, 2 HH 6
Kontakt: Johanna Michaelis, Tel. 439 35 15

GRÜNE Schanzenviertel
Kontakt: Holger Lübkert, Tel. 43 45 35 und Heidi Rothschild, Tel. 439 47 36

Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe
Bartelsstraße 26, 2 HH 6

Initiative für kommunale Frauenarbeit
Kontakt Heidi Rothschild, Tel. 439 47 36
Frauenfilmgruppe

Frauenfilmgruppe
letzter Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, ab 24.9.81, Laden Kampstr. 11
Kontakt: Angelika Huntgeburth, Tel. 390 04 16

Frauenrunde im Schanzenviertel
jeden 1. und 3. Donnerstag, 20.00 Uhr im Laden Kampstraße 11, ab 3.9.81

„Freie Kunstschule Hamburg" e.V.
2000 Hamburg 50
Eiflerstraße 1, 2.Stock
Konto für Spenden:
Haspa 1250/120 142
(Betrag als Spende kenntlichmachen!)

Gruppe ‚Frauen gegen imperialistischen Krieg' trifft sich sonntags, 20.00 Uhr in der Frauenkneipe (Stresemannstr./Ecke Bernstorffstraße)

CHILE DEMONSTRATION

am 11. September

17 Uhr, Legienplatz

anschließend VERANSTALTUNG im Audi-Max (19.00 Uhr)

chilenische Linke in Hamburg (PC, PS, PS-CNR P.R., MAPU-MAPU-OC, MIR)

Veranstaltung: Chile – El Salvador – Türkei.

Am 11. 9.73 putschte das Militär in Chile und am 12.9.80 in der Türkei. Beide Jahrestage sind Beispiele für das Vorgehen des Imperialismus: Gewaltherrschaft, Krieg oder Terror dort, wo sich die Menschen für ihre Lebensinteressen einsetzen, wo sich die Völker von der Ausbeutung befreien wollen . . .)

am 4.9. um 18.00 Uhr in der Uni - Mensa
Solidaritätsbeitrag 5,00 DM

Sanierung

Informationen zum Untersuchungsgebiet „Schulterblatt" (St. Pauli Nord)

Die 1. öffentliche Veranstaltung zur geplanten Sanierung im Gebiet „Schulterblatt". Auf dieser Veranstaltung stellte die GEWOS (Tochtergesellschaft der Neuen Heimat), die mit den vorbereitenden Untersuchungen im Gebiet Schulterblatt beauftragt ist, ihre bisherigen Untersuchungsergebnisse vor. Außerdem waren anwesend:
Damen und Herren der Bezirksversammlung und der Sanierungsbeauftragte des Bezirksamtes auf der einen Seite –
und viele interessierte und betroffene Bewohner des Viertels – auf der anderen Seite.
Jetzt einige Beispiele über das, was wir erfahren haben.
Viele Bewohner wollten wissen, ob im Zusammenhang mit der geplanten Mehrzweckhalle (Ecke Schanzenstr./Lagerstr., ·15.000 Besucher haben Platz) auch ein Ausbau der Schanzenstraße als Zubringer geplant ist.





Viele betroffene Bewohner hatten die Broschüre der GEWOS und die Einladung zur Veranstaltung nicht bekommen. Es wurde uns verbindlich zugesagt, daß in Zukunft sowas nicht wieder vorkommen soll.
In der Bernstorffstraße ist ein Informationszentrum eingerichtet worden, in dem auch der vollständige Zwischenbericht der Gewos eingesehen werden kann. Das Informationszentrum befindet sich an der „Zigeunerwiese" gegenüber der Sprachheilschule. Die Sprechzeiten werden noch bekanntgegeben.
Im September sollen alle Mieter des Untersuchungsgebietes durch einen Fragebogen nach ihrer Wohnsituation befragt werden.
Die Mieterinitiative hat die Zustimmung erhalten, an der Ausarbeitung mitarbeiten zu können. Wir haben die Fragebögen überarbeitet und einige Fragen umgeschrieben oder ganz gestrichen. Wir waren der Meinung, daß jeder Mieter nur über seine eigenen Wohnverhältnisse Aussagen machen sollte und nicht über Wohnungen, in denen andere Menschen wohnen und wohnen bleiben möchten.
Gestrichen haben wir zum Beispiel:
Frage 21a
– Sollen mangelhafte Gebäude abgebrochen und durch Neubauten ersetzt werden?
– Sollen mangelhafte Gebäude instandgesetzt und mangelhafte Wohnungen modernisiert werden?
– Sollen die Hofgebäude (Terrassen) erhalten und instandgesetzt werden?
– Sollen die Hofgebäude abgebrochen und durch neue Hofgebäude ersetzt werden?
– Sollen die Hofgebäude abgebrochen werden und an ihrer Stelle Grünflächen errichtet werden?
(Alle Fragen sind mit ja oder nein zu beantworten)

Nach langem Hin- und Her wurde deutlich, daß es zwar mal Pläne zur Verkehrsberuhigung gab, in denen von Fahrradwegen, Parkmöglichkeiten, Begrünung und Asphaltierung die Rede war. Diese wurden aber wieder zurückgestellt.
Wir müssen also weiter befürchten, daß beim Bau der Mehrzweckhalle auch die Schanzenstraße ausgebaut wird. Dann haben wir ähnliche Zustände, wie sie während des Kirchentages um die Mittagszeit geherrscht haben, nur dann überwiegend abends.
Uns wurde auch gesagt, daß alles, was die Sanierung betrifft, noch offen ist. Herr Spreckelsen, Inhaber der Firma Steinweg (Tischlerei und Heimwerkerladen auf dem Schulterblatt) konnte diese Meinung nicht teilen. Er hat schon seine Kündigung für die Tischlerei von der Sprinkenhof AG (gehört der Stadt) bekommen. (siehe auch Interview.)



Hier sollten auch nicht direkt betroffene Bewohner über ihre Meinung zu den Hinterhöfen befragt werden. In den Hinterhöfen wohnen 1/4 unserer Bewohner, und nur sie sollten sich dazu äußern, ob sie dort wohnen bleiben möchten, und/oder was verändert werden soll/muß.
Wir haben den Fragebogen mit der Gewos abgestimmt und sie hat im Großen und Ganzen unsere Vorschläge akzeptiert.
In einigen Hinterhöfen wurde noch eine Bausubstanzuntersuchung vorgenommen. Inzwischen sind die Untersuchungsergebnisse bei dem Amt für Stadterneuerung eingegangen. Wir hoffen, recht bald umfangreiche Informationen über die Ergebnisse zu bekommen.
Mit freundlichen Grüßen,
Mieterinitiative Schulterblatt,
Bartelsstr. 7,
Dienstags ab 20.00 Uhr, Tel. 430 08 88

So was kann uns doch nicht passieren . . .



Die Mieterinitiative trifft sich jeden Montag von 20.00 - 22.00 Uhr im Stadtteilbüro Margaretenstraße 50

Noch ein 3/4 Jahr vorher hatte man den Mietern der Häuser Altonaer Straße 45a zugesichert, daß ihre Wohnungen stehenbleiben würden.
„Nein, über einen eventuellen Abriß hat die SAGA noch nichts gesagt, aber wenn man sowas nicht durch Zufall hört . . . Nur der Verwalter liegt mir andauernd in den Ohren, wohl weil sie meine Wohnung auch vernageln wollen.
Aber ich glaube, die Häuser bleiben vorläufig, da können Sie sich drauf verlassen. Die planen und planen, buddeln hier und da, ewig sind sie am buddeln. Die Planung liegt noch in weiter Ferne, das können Sie mir glauben. Frenzdorf, der damals noch Freie Stadt war, hat schon gesagt: 'Hier müssen wir noch mal abreißen, wenn Sie noch lange hier wohnen, vielleicht noch fünf Jahre.' Inzwischen ist der schon lange tot. Dann kam der Verwalter. Das waren alles ältere Herren. Der Frenzdorf war 52 und der Kirsch wohl Mitte 50. Eines Tages kommt wieder ein anderer Verwalter. Ich frag, was wollen Sie denn hier. Ja, der Kirsch ist tot, sagte er. Nee, das bleibt vorläufig. Ob ich gern im Schanzenviertel wohne? Das ist mir egal, ganz egal."
(Interview mit einer Bewohnerin, aus: Schanzenleben Mai 1980

Doch dann kam alles ganz anders. Die Baubehörde ordnete am 15.3.81 die Räumung der Häuser wegen „akuter Einsturzgefahr" an. (Die Begründung „akute Einsturzgefahr" hatte in letzter Zeit schon öfter herhalten müssen, um Mieter in Windeseile aus ihren Wohnungen zu entfernen, die Veränderungssperre zu umgehen und Häuser abzureißen.)

Am Morgen der Räumung bot sich den anwesenden Vertretern der Mieterinitiative ein desolates Bild. Die Verantwortlichen in Behörde und SAGA hatten sich zwar um die Abrißbagger (die prompt einen Tag später tätig wurden), nicht aber ausreichend um Ersatzwohnraum für die betroffenen Mieter gekümmert.
- z.B. einem Bewohner, der sich selbst um eine Ersatzwohnung gekümmert hatte, diese aber erst in 2 Wochen beziehen konnte, war für diese Zeit die Unterbringung in einer Pension zugesichert worden - darum hatte sich allerdings keiner bemüht, so daß er stundenlang im Nieselregen auf die Verantwortlichen warten mußte.
- Eine ältere Dame hatte zwar eine Ersatzwohnung bekommen, nur hatte diese keine Heizmöglichkeit.

Der Gipfel aber war, daß einer Familie erst an diesem Morgen, 2 Stunden vor Räumungstermin, eine Wohnung zugesagt worden war. Tagelang hatten sie in Unsicherheit gelebt, hatten die Wohnung ausräumen und die Möbel in einem Lastwagen verstauen müssen, ohne zu wissen wohin . . .

Angesichts dieser Tatsache muß es schon wie blanker Zynismus erscheinen, wenn die Herren von der SAGA, die eiligst im Mercedes vorgefahren kamen, um „nach dem rechten" zu sehen, den Familienvater fragten: „Haben sie irgendwelche Probleme?"

Wenig später erfuhren wir dann auch im Bezirksamt, daß die SAGA die Hauptschuld an diesem menschenunwürdigen Ablauf des Räumungsverfahrens hatte: Die Sanierungsverantwortlichen im Schanzenviertel hatten nach der Räumungsanordnung den Termin der Räumung bewußt etwas unbestimmt (3 - 6 Wochen) gehalten, um ausreichend Zeit zu haben, um Ersatz wohnraum zu suchen. Die SAGA ihrerseits nahm das Nichtbestehen eines festen Termins zum Anlaß, keine Ersatzwohnungen aus ihrem Bestand anzubieten. (Übrigens: letzte Meldung, 1800 stadteigene Wohnungen stehen leer.)
Als dann doch ein Termin von der Baubehörde angeordnet wurde, war es natürlich zu spät, um allen Mietern noch rechtzeitig Wohnungen zu beschaffen.

Planierung

Betrifft: Modernisierung weil es um Ihr Geld geht

Herr Meyer ist 67 Jahre alt und bewohnt mit seiner Frau eine 3-Zimmer-Altbauwohnung. Vor 2 Jahren hatte er einen Herzinfarkt, und er ist auch heute noch ein bißchen klapprig auf den Beinen.

Im Sommer bekam Herr Meyer Post von seinem Vermieter.
„Lieber Herr Meyer, Ihre Wohnung soll modernisiert werden. Dieses Jahr wird ein Vollbad eingebaut, hierzu wird ein Teil ihrer Küche durch eine Wand abgetrennt. Die Kosten werden später mit 11% auf die Jahresmiete umgelegt. Die Bauarbeiten beginnen in der 2. Septemberhälfte, sorgen Sie bitte dafür, daß die Handwerker dann jederzeit Zutritt zu Ihrer Wohnung haben.
Hochachtungsvoll, Vermieter Geldsack

Die Meyers sind ratlos, beide haben Angst, daß Herr Meyer die Aufregung gesundheitlich nicht verkraften kann. Sie fragen sich auch, ob sie die hohe Miete dann bezahlen können. (Frei erfunden?)
Kann der Vermieter machen, was er will?
Können die Mieter sich wehren?
Weiter unten haben wir die rechtliche Situation der Mieter bei Modernisierung beschrieben. (Ist zwar ein wenig trocken, aber lesenswert!)

In einem Rechtsbescheid vom 22. April 1981 hat das Hanseatische Oberlandesgericht verbindlich für alle Hamburger Gerichte entschieden, wie der Zusammenhang zwischen Duldung einer Modernisierung und der Verpflichtung zur Zahlung einer 11-prozentigen Mieterhöhung zu sehen ist: Danach muß jeder Mieter, der eine Modernisierung erstmal geduldet hat, zwangsläufig auch eine Mieterhöhung von 11% der Baukosten jährlich hinnehmen. (Geschäftsnummer des HansOLG: -4 U 200/80-)

WAS BEDEUTET DAS ?
Will der Vermieter modernisieren (d.h. Heizung, Bäder etc.), ist der Mieter grundsätzlich verpflichtet, dieses zu dulden. Mit der Duldung verpflichtet er sich gleichzeitig, die oft sehr hohe Mieterhöhung zu tragen.

WAS KÖNNEN DIE MIETER DAGEGEN TUN ?
Wenn der Vermieter bekannt gibt, daß er modernisieren will und der Mieter nicht einverstanden ist, sollte er sofort, *vor Baubeginn*, schriftlich widersprechen, daß er die Modernisierung nicht duldet. Dies kann er aber nur, wenn einer der folgenden Gründe zutrifft: Krankheit, Alter, Schwangerschaft oder auch weil er mit Zustimmung des Vermieters auf eigene Kosten modernisiert hat. Ausserdem kann die Modernisierung unzumutbar sein, wenn der Mieter die damit verbundene Mieterhöhung nicht zahlen kann. Auch dann darf aber der Um-, Neu- oder Einbau nicht geduldet werden, denn die Duldung hätte automatisch die Mieterhöhung zur Folge.
Um aber zu wissen, ob die zu erwartende Mieterhöhung tragbar ist oder nicht, muß man sie vorher erfahren. Der Mieter muß daher bei jeder geplanten Modernisierung vorher ganz genau nach der voraussichtlichen Mieterhöhung fragen.
Wird die Duldung verweigert, muß der Vermieter die Duldung einklagen. Das Gericht prüft dann die Zumutbarkeit der Modernisierung. Der Vermieter soll vor der Modernisierung die Höhe der neuen Miete bekanntgeben.
Tut er dieses nicht oder weicht die tatsächliche Mieterhöhung um mehr als 10% von der Ankündigung ab, ist die höhere Miete erst nach 3 Monaten zu zahlen.
Es ist daher empfehlenswert, sich nicht nur die voraussichtliche Mieterhöhung anzeigen zu lassen, sondern auch eine verbindliche Zusage zu erwirken, daß er hinterher keinen höheren Betrag verlangen wird.

WICHTIG WICHTIG WICHTIG

ALLES SCHRIFTLICH GEBEN LASSEN !
NUR PER EINSCHREIBEN MIT RÜCKSCHEIN AN DEN VERMIETER SCHREIBEN !
BEI UNSICHERHEIT LIEBER EINE BERATUNG !
(sie kostet wenig, die Mieterhöhung kann untragbar werden !)
z.B. bei „Mieter helfen Mietern", Wohlwillstr. 18, Mi und Do von 17.30 - 19.30; Tel. 31 68 68

Mieterinitiative Schulterblatt

Die Sanierung hat schon begonnen:

Ab 1.1.83 kein Holzfachgeschäft mehr am Schulterblatt



Wenn man heute das Gebäude Schulterblatt 25a sieht, glaubt man es kaum: hier war einst Napoleons Pferdestall. Dieses Gebäude, in dem heute die Holzwerkstatt der Firma Ludwig Gustav Steinweg und die Druckerei Franke sind, ist vom Abriß bedroht.
Nackte Realität auf der einen Seite – und auf der anderen?
Eine Behörde, die öffentlich bekanntgibt, im Schanzenviertel sei noch nichts entschieden – über Sanierung, Abbruch, Instandsetzung oder Modernisierung könne noch verhandelt werden.
Herbert Spreckelsen, Inhaber der Firma Steinweg, berichtet über die Entwicklung:
„Der Betrieb wurde vor 75 Jahren gegründet und befindet sich seit über 30 Jahren am Schulterblatt 25a. In dieser Holzwerkstatt auf dem Hof findet man alles, was Holz betrifft: Span- und Sperrholzplatten, Leisten, Styropor, Dachlatten, Balken - hier werden individuelle Holzzuschnitte, Bohrungen und Verbindungen angefertigt.
1977 weitete sich der Betrieb auf die Geschäftsräume direkt am Schulterblatt aus, wo in zwei Etagen ein gut ausgestattetes vielfältiges Sortiment an Werkzeug, Hausrat, Eisenwaren, Klempnerei, Gartenbedarf, Farben und viele Dinge zum Basteln angeboten werden.
Kurzum alles, was für Umbau oder Instandhaltung einer Wohnung nötig ist.
Die Probleme um das Werkstattgebäude begannen damit, daß es vor 2 1/2 Jahren von der Fa. Esche an die Stadt Hamburg verkauft wurde. Der bestehende bis 1.1.83 befristete Mietvertrag wurde übernommen. Die Verwaltung für das Haus übernahm die Sprinkenhof AG - eine Aktiengesellschaft, die stadteigene Gebäude verwaltet.
Nach einer Mieterhöhung von 100,– DM im Januar diesen Jahres ging es dann am 24.2.81 richtig los.
Herr Spreckelsen erzählt:
„Ich erhielt einen Brief von der Sprinkenhof AG. Hierin wurde mir mitgeteilt, daß das Statikerbüro V. Braun festgestellt hat, daß das Gebäude in so desolatem Zustand ist (wie es so schön heißt), daß bei außergewöhnlichen Wind- und Schneelasten eine Gefährdung nicht auszuschließen sei. Eine Instandsetzung würde die erzielte Miete erheblich überschreiten, so daß man sich zum Abriß gezwungen sehe. Kündigung zum 30.6.81

Auf der öffentlichen Anhörung am 25.6.81 fragte ich die Behördenvertreter, wieso hier von „Offenheit" der Konzepte geredet wird, wenn für mein Geschäft und die Druckerei schon zum 30.6. dieses Jahres Kündigungen ausgesprochen worden sind, weil das Gebäude abgerissen werden soll.
Nach kurzer (sichtbarer) Absprache der Behördenvertreter äußerten sie, daß sie von solchen Kündigungen nichts wüßten und daß noch nicht feststehe, welche Häuser hier im Viertel abgerissen würden.
Ist es möglich, daß Vertreter der Behörde nicht wissen, was ihre Behörde maht? Oder hat das Sanierungsspiel schon begonnen und wird hier zum ersten Mal deutlich?

Herr Spreckelsen dazu:
„So eine Kündigung ist ein Tiefschlag. Die Werkstatt ist die Seele des Betriebes. Ohne sie trägt der Laden vorne sich mit der stattlichen Miete von 3000,– DM überhaupt nicht. Also habe ich protestiert.
Daß ein Protest etwas bewirkt, zeigt die Reaktion. Am 19. März erschien die Feuerwehr, um eine Brandverhütungsschau durchzuführen. Festgestellt wurde, daß eine Entrümpelung durchgeführt werden muß (ist schon erledigt) und feuerhemmende Türen, Decken und Verkleidungen an den Wanddurchbrüchen eingebaut werden sollten.
Dazu kam am 24.2.81 ein 2. Brief der Sprinkenhof AG. Hierin wird bekanngegeben, daß ‚nach intensiveren Gesprächen mit der Baubehörde und dem Statikerbüro der Abbruchantrag storniert werden konnte', und due Kündigung gegenstandslos sei. Es wird aber darauf hingewiesen, daß die von der Feuerwehr beanstandeten Mängel behoben werden müßten. Der Brief endet mit einem Knüller: ‚Bedenken Sie, daß diese Lösung nur aufgrund Ihrer besonderen Situation herbeigeführt wurde und daß der Abbruch Ende 82 durchgeführt wird.'
„Auflagen also," so Herr Spreckelsen, „die 3 - 4 Tausend Mark kosten, in einem Haus, das abgerissen werden soll. Auf sowas konnte ich nur mit Widerspruch antworten, und zwar diesmal mit Rechtsanwalt."
Der Bescheid der Feuerwehr daraufhin hatte nur aufschiebende Wirkung, d.h. vom Einbau der feuerhemmenden Decken wird abgesehen, wenn das Mietverhältnis Ende 82 endet. An eine Verlängerung des Mietverhältnisses für die Werkstatt ist jedoch überhaupt nicht zu denken, da der Abriß beschlossene Sache ist.
Was bedeutet das für Herrn Spreckelsen?
„Der Wegfall der Holzwerkstatt bedeutet für mich die Schließung des ganzen Betriebes. Einerseits kann sich das Geschäft vorne alleine nicht tragen, andererseits lassen die Räumlichkeiten des Ladens es nicht zu, die Werkstatt einzugliedern. Das wird viel zu klein. Hinzu kommt, daß ich einen festen Mietvertrag für das Geschäft habe, der bis Anfang 83 läuft. Somit ist die Chance, andere geeignete Räume für den Betrieb zu finden, erheblich eingeschränkt. Ein Umzug im Viertel kommt auch nicht in Frage, da weder ich einen geeigneten Platz kenne, noch die Behörde etwas Geeignetes nennen kann."

Was bedeutet das für unseren Stadtteil?

Dieses Geschäft hat nicht nur ein umfassendes Sortiment von Materialien für Renovierungen, sondern hier werden auch Heimwerkerinnen und Heimwerker mit Geduld beraten.
Durch den Wegfall dieses Geschäftes würden sich Einkaufs- und Transportwege erheblich verlängern.
Anmerkung der Redaktion:
Im selben Gebäudekomplex befindet sich die Druckerei Franke.
Ihr Mietvertrag wurde ebenfalls von der Sprinkenhof AG zum 1.6.81 gekündigt. Bis zum heutigen Tag wird die Druckerei im Gebäude noch geduldet. Die Aufforderung zur Räumung könnte täglich kommen.
Im Vorfeld der Sanierung müssen wir befürchten, daß dies nicht der Einzelfall bleibt.
Die Mieterinitiative bittet um Hinweise.

Geschichten aus dem Modernisierungs-Alltag

Bei uns im Haus in der Susannenstr. wird seit 4 Monaten modernisiert, d.h. es werden Duschnäder und Heizungen eingebaut. Die ca. 2 qm großen Klos sollten ebenfalls mit einem Heizkörper versehen werden. Die Monteure kamen mit ca. 90 cm langen gußeisernen Heizkörpern an und erzählten den Mietern, das hätte seine Richtigkeit, daß die Klos nun halbwegs zugebaut würden. Etwas genauer befragt, was in aller Welt die Riesenheizkörper in dem MIniaturklo nun wirklich bezwecken sollten, hieß es: „Wir haben das genau berechnet. Da die Klofenster nicht richtig schließen, müssen dementsprechend größere Heizkörper eingebaut werden." Zwei Mietparteien haben gegen diesen Unsinn protestiert und damit auch kleinere Heizungen durchgesetzt. Alle anderen Mieter, die sich nicht gewehrt haben, müssen jetzt höhere Heizkosten und eine stark eingeschränkte „Beweglichkeit" im Klo hinnehmen.

Die Aktivitäten um die Margarethenkneipe

Das Projekt „Margarethenkneipe", der vom Kulturverein Schanzenviertel e.V. initiierte und durchgesetzte Stadtteilkulturladen in der Margaretehnstraße 33, konkretisiert sich zusehends. Die Umbauarbeiten sind größtenteils abgeschlossen. Am 15. August fangen wir an, die ersten Räume zu streichen, sauberzumachen, einzurichten. Diese Aktivitäten werden einige Zeit in Anspruch nehmen.
Dem Prozeß des Einrichtens der Räume messen wir besondere Bedeutung bei. Wir werden die Leute aus der engeren Umgebung auffordern, mit Hand anzulegen, Einrichtungsgegenstände zu stiften und selber aufzustellen, so daß eine möglichst große Beteiligung an der konkreten Ausgestaltung stattfindet.
Wir machen uns derzeit auch Gedanken darüber, wie der Stadtteilkulturladen zu betreiben sei, organisatorische Fragen, Verteilung und Verantwortlichkeiten. Dabei gehen wir zunächst von einem Stamm von ca. 15 Leuten aus, von dem wir annehmen, daß er sich erweitern wird.
Zur Zeit arbeiten wir mit der Video-Gruppe des Kulturvereins an unterschiedlichen kleineren Dokumentationen für die Video-Wochen- oder Monatsschau, die sich mit den Aktualitäten im Viertel beschäftigen wird.

Parallel zu diesen längerfristig angelegten Aktivitäten des Kulturvereins leiten Sönke Nissen und ich einen seit Anfang Mai laufenden Wandbemalungskurs, der im Rahmen der Volkshochschule stattfindet. Auch dieser Kurs wird zum großen Teil von Leuten aus der engeren Umgebung der Margaretenkneipe bestritten. Wir wollen zusammen die Rückfront des Hofes hinter der Margarethenkneipe bemalen. Am Samstag, den 8.8. veranstalteten wir dort ein kleines Hinterhoffest, zu dem wir die Bewohner der anliegenden Häuser per Hausbesuch eingeladen hatten. Viele brachten wie besprochen Kuchen mit . . . Der Tortenwettstreit verlief aber friedlich.
Anlaß dieses Festes war erstens der Schuppenabriß im Hinterhof, der endlich die zu bemalende Wand freilegte, und zweitens Gespräche über die Vorstellung von Entwürfen zur Gestaltung der Wand und des Hinterhofs. Die Wandmalgruppe hatte vorher speziell die Bewohner der an den Hinterhof grenzenden Häuser auf ihre Arbeitstermine aufmerksam gemacht und sie aufgefordert, eigene Vorstellungen einzubringen und Kritik zu üben. Daraus war ein zweiter neuer Entwurf für die Wandbemalung entstanden, der wie der erste auch wohl in nächster Zeit die Margarethenkneipe zieren und dort zu besichtigen sein wird.

Sowohl das Projekt Margarethenkneipe als auch das Wandbemalungsprojekt müssen in Zusammenhang mit einer dritten Aktivität gesehen werden, nämlich der Gesamtgestaltung, Begründung und Nutzbarmachung des Hinterhofs im Rahmen des SikS-Programms. Der Kulturverein hat dem Privateigentümer des größten Teils des Hinterhofes einen vorläufigen Pacht- und Nutzungsvertrag abgetrotzt und so eine drohende Parzellierung verhindert.
Die Mieter der anliegenden Häuser in Fettstr. und Margarethenstr. sind aufgefordert, sich an der Gestaltung des Hinterhofs zu beteiligen. Außerdem findet eine Koordination zwischen der Wandmalgruppe und dem verantwortlichen Gartenarchitekt statt. Damit die Beteiligung aber nicht nur eine formale Geste bleibt, hat sich jetzt aus dem Kulturverein heraus eine Gruppe gebildet, die in enger und kontinuierlicher Zusammenarbeit mit den Anwohnern Vorschläge für Gestaltung und Nutzung des Hinterhofes erarbeiten will.

Wer mehr und Genaueres erfahren möchte:
Wir treffen uns jeden Montag um 18.00 Uhr im Stadtteilbüro gegenüber der Margarethenkneipe oder dortselbst oder im Hinterhof der Margarethenkneipe - falls das Wetter es zuläßt.

Eckart Keller
Haynstr. 1
2000 Hamburg 20
Tel.: 47 56 03



Kinderstube Altona e.V.

Die Kinderstube Altona e.V., gemeinnützig, ist eine Initiative junger Eltern und Erzieher, die ihre Kinder in möglichst großer Freiheit zur Entwicklung einer eigenen Persönlichkeit anleiten will. Wir legen Wert auf einen engen Kontakt zwischen Eltern und Erziehern und finden es wichtig, daß die Eltern sich an der täglichen Arbeit in der Kinderstube, an den pädagogischen Gesprächen beteiligen und sich für die Arbeiten zur Verwaltung und Organisation bereitfinden.
Wir haben Spaß daran, miteinander zu reden, wir arbeiten miteinander, wir helfen uns gegenseitig und wir feiern zusammen.





Kurz:
Wir finden es besser, daß die Eltern selbst entscheiden und sich darum kümmern, unter welchen Umständen ihre Kinder aufwachsen und sich entwikkeln.. Wenn auch bei uns nicht alles klappt mit 100%, die Kinder und wir machen die Klappe auf.
Zur Zeit sind einige Plätze frei, kommen Sie vorbei und sehen Sie, wie wir es machen.

Kinderstube Altona
Bartelsstr. 65
2000 Hamburg 6

HIER, DU TROTTEL, MACH DE NE AUGEN AUF!

Wenn Frauen sich auf die eigenen Füße stellen

Gesprächs- und Informationsrunde für Frauen

- die sich von ihrem Mann trennen wollen
- die Probleme mit ihrem Mann, Freund, Verlobten oder Bekannten haben

Denn es gibt viele offene Fragen:

- komme ich allein zurecht?
- wovon soll ich leben?
- was wird mit meinen Kindern?

Wir finden es nötig, darüber miteinander zu reden !

Wo: Weidenallee 43, II.
(in den Räumen von Pro Familia)
Wann: Donnerstags 17.00 - 19.00 Uhr
(vom 10.9.81 an)
Wer: Kontakte: Gisela, Tel. 439 75 29 Mo. 9.00 Uhr - 12.00 Uhr und Anke, Tel. 43 44 30, Mi 17.00 - 19.00 Uhr





DIE ARBEIT DES GEMÜSEHÄNDLERS

Ein Teil der Atmosphäre des Schanzenviertels sind seine kleinen „Tante-Emma-Läden". Sie sind Umschlagplatz für Neuigkeiten, Klatsch und Tratsch aus der Nachbarschaft.



Hier ist der Kunde noch „König", auch wenn er dafür länger warten muß. Zeit für einen Klönschnack bleibt noch allemal, man läßt sich über das Wetter aus, fragt nach den Kindern, erzählt vom Urlaub, von den neuesten Krankheiten und schimpft über die schon wieder gestiegenen Ölpreise . . . Es geht halt persönlicher als im Supermarkt zu. Die kleinen Läden haben allerdings Schwierigkeiten, mit den Angeboten der Supermärkte zu konkurrieren, da diese aufgrund anderer Kalkulation billiger einkaufen bzw. auch häufig unter Preis verkaufen können.



Es steckt schon viel Arbeit und Zeit in den kleinen Läden, da die Arbeit sich meistens auf 2 Leute verteilt. Der kleine Gemüseladen an der Kreuzung Susannenstraße/Schulterblatt, dessen Tagesablauf wir verfolgt haben, stellt insofern eine Ausnahme dar, da sich hier 3 Leute die Arbeit teilen. Im Gegensatz zu den Supermärkten, die zentral beliefert werden, muß Michael H. jeden Morgen zwischen 4.30 Uhr und 5.00 Uhr zum Gemüsegroßmarkt fahren. Dort liefert er die leeren Kisten und den Abfall vom Vortage ab. Dann sucht er bei den Großhändlern die Ware aus. Die meisten Käufer haben ihre Stammhändler.



Sie kommt aus Finkenwerder und macht sich Sorgen wegen der Umweltverschmutzung durch die Alu-Werke. Außerdem drückt die ausländische Konkurrenz mit Granny Smith und Golden Delicious.



Ein Karren und mannshoch beladene Paletten voll Obst und Gemüse werden in dem Laden pro Tag umgesetzt.



Fast 2 Stunden vergehen, bis alles eingekauft und im Anhänger verladen ist.



Zwischen 7.00 Uhr und 8.30 Uhr ist Michael H. mit dem Aufbau der Ware beschäftigt. Dazu gehört Auffüllen der Kisten mit Obst und Gemüse, Putzen und Sortieren, Aufbau der Ware vor dem Laden, Preise auf den neuesten Stand bringen. Unterbrochen wird die Arbeit von manchem Berufstätigen, der sich noch schnell sein Obst für die Frühstückspause einkaufen will.



Um 8.30 Uhr kommt Frau P., die bis zur Mittagspause den Laden „schmeißt".
Frau P.'s Kunden sind hauptsächlich ältere Leute



und Hausfrauen mit Kindern.



Um die Mittagszeit herrscht eine ziemliche Hektik im Laden, wenn noch schnell die Berufstätigen ihre kurze Pause nutzen, um einzukaufen. Für Frau P. ist dann um 13.30 Uhr die Arbeit beendet, vorher wird noch schnell ausgefegt, Körbe und Kisten wieder aufgefüllt. Es gelingt ihr selten, den Laden pünktlich zuzuschließen. Irgendjemand hat noch immer eine Kleinigkeit für das Mittagessen vergessen.

Renate H. öffnet den Laden wieder um 14.30 Uhr. Die erste Arbeitsstunde vergeht noch ein bißchen ruhiger - dann ist der Laden eigentlich ständig gut besucht.
Die ersten Berufstätigen haben Feierabend, Studenten haben endlich Zeit gefunden, ihren Einkauf zu erledigen. Renate kann sich über Langeweile jedenfalls nicht beklagen.

Am späten Nachmittag kommt Michael H. und trifft bereits erste Vorbereitungen für den Abbau. Außerdem hilft er Renate H. beim Verkauf, denn jetzt herrscht der größte Andrang, insbesondere am Freitag. Die wartende Schlange reicht bis zur Ladentür, da muß man sich schon durchschlängeln, um das Obst und Gemse von draußen reinzuholen.
Um 18.00 Uhr ist Ladenschluß. Dann wird aufgewischt, Obst und Gemüse im Kühlraum verstaut, die leere Pfandkiste in Michaels Autoanhänger verladen, der Ladenvorbau wieder abgeräumt . . .
- Feierabend -. Jetzt müssen sie noch die Bestellung für den Großhändler fertigmachen und die Buchführung.

Am nächsten Morgen fährt Michael wieder früh auf den Hamburger Großmarkt.



In den weiteren Nummern des SCHANZENLEBENS wollen wir in Zukunft fortlaufend eine Seite unter dem Titel ‚Historisches' veröffentlichen. Darin wollen wir versuchen, das Leben und Handeln der Menschen in Hamburg in den verschiedenen Epochen darzustellen. Es soll aber auf keinen Fall eine Geschichte der Herrschenden sein, diese haben sie sich selber schon genug geschrieben. Es soll die Geschichte von uns und unseresgleichen sein. Wir wären deshalb jedem dankbar, der dazu Material hat, wenn er uns dies zur Verfügung stellt, oder selber kontinuierlich daran mitarbeitet. Was wir aber vor allem brauchen sind Fotos, Zeichnungen, Liedertexte usw.

die Redaktion

Historisches

Die Likedeeler

In den Februartagen des Jahres 1400 verabschiedete der Regierende Bürgermeister im Rathaus zu Hamburg zwei Delegationen, eine nach Lübeck, die andere nach Emden. In Lübeck trafen sich Vertreter aller nordischen Hansestädte, um Maßnahmen zu beraten, wie der Seeräuberei in der Ost- und Nordsee ein Ende zu machen sei. In Emden wollten die friesischen Adligen zusammenkommen, die Verbündete der Seepiraten waren und ihnen ihre Burgen geöffnet hatten. Die beiden Vertreter des Hamburger Rates, die Ratsherren Albert Schreie und Johann Nanne, die nach Emden reisten, sollten mit den Adligen Frieslands ein Übereinkommen schließen und durch deren Vermittlung erreichen, daß die Piraten sich eine andere Gegend für ihre Raubzüge suchten. Den Hamburger Kaufleuten war daran gelegen, den Seeweg nach England und Holland offenzuhalten.

Freibeuterei war zu der damaligen Zeit sozusagen ein rechtlich und sittlich anerkanntes Gewerbe. Die adligen Herren im Innern des Landes übten es an den großen Handelsstraßen, die an der Küste wohnenden auf dem Meere aus. Aber nicht nur die Ritter, auch viele einfache Bewohner der Küste befaßten sich mit Seeraub als Handwerk. Dithmarschens Küstenorte trieben es, wie in alten Annalen zu lesen steht, so arg, daß sie verwarnt werden mußten. Auf der Ritzebüttler Burg an der Elbmündung lebten die Burgherren ausschließlich von Seeraub, und die Hamburger Patrizier hatten mit ihnen ein recht kostspieliges Abkommen geschlossen, damit wenigstens ihre Schiffe ungeschoren blieben. Sogar Bremer Bürger beteiligten sich am berufsmäßigen Seeraub, und als dadurch der Handel vor Wesermünde nahezu lahmgelegt, das Beutegut in Bremen gestapelt und offen verkauft wurde, schloß der Hansebund in Lübeck die Bundesstadt Bremen für drei Jahre aus.

Sodann gab es Abenteurer und Kondottieri, die ebenfalls Krieg und Raub als Handwerk betrieben, aber nicht auf eigene Faust und Gefahr, sondern im Solde der Herrschenden. Der Rostocker Rat nahm beispielsweise während des Krieges gegen Dänemark den Kriegsmann Barthold Stoltenberg in seinen Sold; die Hamburger versicherten sich in ihrem Kampf gegen die Likedeeler des niederländischen Kapitäns Simon von Utrecht.

Goethe schildert diese anarchische Zeit durch den Mund des Mephistopheles im zweiten Teil seines „Faust":

Das freie Meer befreit den Geist;
wer weiß da, was Besinnen heißt!
Da fördert nur ein rascher Griff;
man fängt den Fisch, man fängt ein Schiff,
und ist man erst der Herr zu drei,
dann hackelt man das vierte bei;
da geht es dann dem fünften schlecht;
man hat Gewalt, so hat man Recht.
Man fragt ums Was, und nicht ums Wie.
Ich müßte keine Schiffahrt kennen:
Krieg, Handel und Piraterie,
dreieinig sind sie, nicht zu trennen.

Ende des vierzehnten Jahrhunderts hatten die Hansestädter Rostock und Wismar in ihrem Krieg gegen die Königin Margarethe von Dänemark Freibeuter aus aller Herren Länder angeworben. Auf eigene Gefahr und Kosten sollten sie, ausgestattet mit hanseatischen Kaperbriefen, Jagd auf dänische Schiffe machen. Dafür erhielten sie ausdrücklich das Recht, ihre Beute in den hanseatischen Hafenstädten der Ostsee zu verkaufen. Während der Belagerung Stockholms durchbrachen jene Freibeuter im Auftrag der Hansestädte die Blockade der Dänen und versorgten die bedrohte Stadt mit Lebensmitteln – Viktualien –, weshalb die Seepiraten auch Vitalienbrüder genannt wurden.

Ein Teil dieser hanseatischen Mietstruppen räuberte wenige Jahre später, nachdem der Krieg zugunsten der Hansestädte ausgegangen war, auf eigene Gefahr und Rechnung in der Nordsee. Diese Freibeuter unter Klaus Störtebeker und Gödeke Michael gaben sich den Namen Likedeeler, das heißt Gleichteiler, denn sie teilten die Beute zu gleichen Teilen unter sich auf. Was ihren Piratenkoggen vor den Bug kam, wurde angefallen, gleich ob Hamburger, Bremer, englische, spanische oder niederländische Handelsschiffe. Marienhave bei Emden war ihr größter und gut befestigter Schlupfwinkel. Die friesischen Adligen waren ihre Verbündeten und Raubgenossen.

Wie die Chronik berichtet, schlossen die Vertreter des Hamburger Rats im Jahr 1400 ein Abkommen mit den friesischen Adligen, die sich verpflichteten, den Piraten künftig keinerlei Unterstützung mehr zu gewähren. Das Abkommen wurde – die Urkunde ist noch vorhanden – von den friesischen Raubrittern Haro Ayldisna von Faldern, Imel Edzarsna von Edelsum, Haro Adzarsna von Grettsyhl, Enno von Norden und Haro von Dornum unterschrieben.

Kurz darauf erschien vor der Emsmündung eine Hanseflotte und überrumpelte die in der Bucht von Marienhave liegenden Piratenschiffe. Störtebeker und Gödeke Michael retteten sich auf ihre Koggen aufs freie Meer. Fortan waren die Likedeeler darauf aus, vor allem die Hamburger Kaufleute zu schädigen; sie lagen bei Helgoland und blockierten die Elbmündung.

Damals nahmen die Patrizier den niederländischen Seefahrer Simon von Utrecht in ihren Dienst und verstärkten ihre Kriegsflotte durch den Bau eines schwerbestückten Admiralsschiffes, das den Namen „Die bunte Kuh" erhielt, weil es scheckig angestrichen war und „Rammhörner" besaß. Um das Ansehen des Rates zu wahren, erhielt der Hamburger Ratsherr Nikolaus Schoke den Oberbefehl über das Geschwader; in Wahrheit hatte es der angeworbene Niederländer.

Zu Beginn des Jahres 1401 kam es in der Helgoländer Bucht zu einer Schlacht. Die Hamburger hatten ihren Kriegszug gut vorbereitet. Monate vorher waren zuverlässige Söldner ausgeschickt worden, die sich bei den Piraten anwerben lassen sollten, um im entscheidenden Augenblick deren Schiffe kampfunfähig machen zu können. Auf Störtebekers Schiff versagte denn auch, als die Schlacht begann, das Ruder, und sein Schiff trieb steuerlos auf dem Meere. In die Angelröhre des Schiffsruders war nachts heimlich geschmolzenes Blei gegossen worden.

Die Piraten wehrten sich verzweifelt, aber nach drei Tagen und drei Nächten waren sie überwunden, und Störtebeker und siebzig seiner Gesellen wurden als Gefangene nach Hamburg gebracht. Gödeke Michael war entkommen. Auf der Elbinsel Grasbrook, unmittelbar vor den Toren der Stadt, wurden die gefangenen Piraten hingerichtet; die Pfähle mit den Häuptern der Gerichteten säumten alsbald die kahle Insel.

Ratsherr Nikolaus Schoke unternahm nach diesem Sieg auf Kosten der Stadt eine Wallfahrt nach Compestella in Spanien. In der Kammerrechnung der Stadt heißt es darüber: „64 tal. domino N. Schoken ad S. Jacobum Incompestellanum." Zu deutsch: „64 Pfund an N. Schoke für dessen Reise zum St. Jakob von Compestella."

Simon von Utrecht, erst seit 1400 Bürger der Stadt, wurde ein wohlhabender Mann; 1425 in den Rat gewählt, erhielt er wenige Jahre darauf den Titel eines Ehrenbürgermeisters.

Aber nicht er, schon gar nicht Ratsherr Schoke, sondern der kühne Feind der Patrizier, der Seepirat Klaus Störtebeker, lebt als legendäre Figur in der Erinnerung der Menschen weiter. Von ihm erzählt die Sage, die Patrizier hätten ihn auch im Tode noch betrogen, denn er habe von ihnen vor seiner Hinrichtung die Zusicherung erhalten, daß diejenigen seiner Gesellen, an denen er ohne Kopf vorüberzugehen imstande sei, mit dem Leben davonkommen sollten. Störtebeker habe sich, nachdem der Scharfrichter Rosenfeld ihm das Haupt vom Körper getrennt, erhoben und sei ohne Kopf vom Schafott herunter an sieben seiner Gesellen vorbeigegangen. Weil dann ein Ratsherr ihm ein Bein gestellt, sei er gestrauchelt und tot liegengeblieben. Der Rat aber habe auch die sieben Piraten nicht begnadigt.

Weiter wird erzählt: Die Ratsherrn hätten nach dieser blutigen Exekution den Scharfrichter gefragt, ob er nicht sehr ermüdet sei. Henker Rosenfeld habe darauf hohnvoll erwidert, es sei ihm nie wohler gewesen und er habe genug Kraft, um noch den ganzen Rat der Stadt zu köpfen. Entsetzt über diese Antwort, habe der Rat auf der Stelle auch noch den Henker hinrichten lassen.

In diesen Legenden und in den volkstümlichen Liedern über Störtebeker und seine Gesellen, die sich bis auf den heutigen Tag erhalten haben, lebt und klingt die Stimme des Volkes.

(Die Geschichte stammt von Willi Bredel, aus dem Buch: ‚Unter Türmen und Masten, Weltkreis-Verlag.)



Buntbuch-Verlag im Schanzenviertel

Ab dem 1.9.81 wird der Buntbuch-Verlag in die neuen Räumlichkeiten in der Bartelsstr. 30 einziehen.

Achtung alle Antifaschisten. Wir übernehmen die Räume der „Grauen Wölfe", ausgemistet und frisch renoviert.

Allein die Tatsache, daß wir vom Buntbuch da einziehen, bringt ja noch keine Vorteile für das Viertel, abgesehen von der Tatsache, daß die „Grauen Wölfe" raus sind.

Deshalb haben wir uns einfallen lassen, neben unseren Büro-Räumen auch noch einen 75 qm grossen Raum anzumieten. Dieser Raum soll für kulturelle und sportliche Zwecke im Viertel genutzt werden. Zum einen haben wir einen kleinen Tischtennis-Club gegründet. Zum anderen wollen wir in diesem Raum Lesungen mit anderen Buchläden organisieren. Auch kleinere Veranstaltungen sind hier möglich. Auch Initiativen, Gruppen, die Räumlichkeiten für Seminare etc. brauchen, können sich bei uns melden. Dazu gehört, daß wir auch Lust haben, im Viertel mitzuwirken. Wir hoffen daher, daß wir eine Bereicherung für die Ecke werden können. Am 5.9.81, wenn das Straßenfest in der Bartelsstraße ist, feiern wir die Einweihung der Räumlichkeiten.

Bis dahin.
Freiheit und Glück
Die Buntbüchler

Ein Bericht aus Berlin-Kreuzberg

Medizinische Selbstversorgung

Dies ist ein Artikel über das 'Heilehaus' in West-Berlin. In der Zeitung lesen wir über die Ereignisse in West-Berlin in der Regel nur über die eine Seite, nämlich die Auseinandersetzungen, die dort ablaufen zwischen den Hausbesetzern und der Polizei. Die andere Seite, nämlich das Leben, das dort unter den Leuten in den besetzten Häusern stattfindet und das diesen die Kraft gibt, sich so ausdauernd und erfolgreich gegen die Räumungsversuche zu wehren, diese andere Seite wird meistens außer Acht gelassen. Deshalb dieser Artikel.

1. hinter dem, was in Berlin läuft, eine jahrelange Kleinarbeit von Genossen steht, die Strukturen aufgebaut haben und sehr viel Öffentlichkeitsarbeit gemacht haben;
2. daß Häuserkämpfe in Berlin eine lange Tradition haben (das Georg von Rauch-Haus z.B. ist seit 10 Jahren besetzt).
3. daß der Stadtteil, von dem der Funke ausging, der zum Steppenbrand geworden ist, nämlich Kreuzberg, ein Ghetto ist, was mit jedem Stadtteil hier völlig unvergleichbar ist in bezug auf seine sozialen Strukturen und auf seine Armut.
4. daß Berlin einen besonderen politischen Status als Frontstadt hat;
5. daß Berlin die Stadt der Türken, Studenten, Rentner, Bundeswehremigranten, Fixer ist - daß dort einfach mehr Menschen wohnen, die von ihrer Situation her weniger mit dem Staat zu tun haben als das hier der Fall ist.

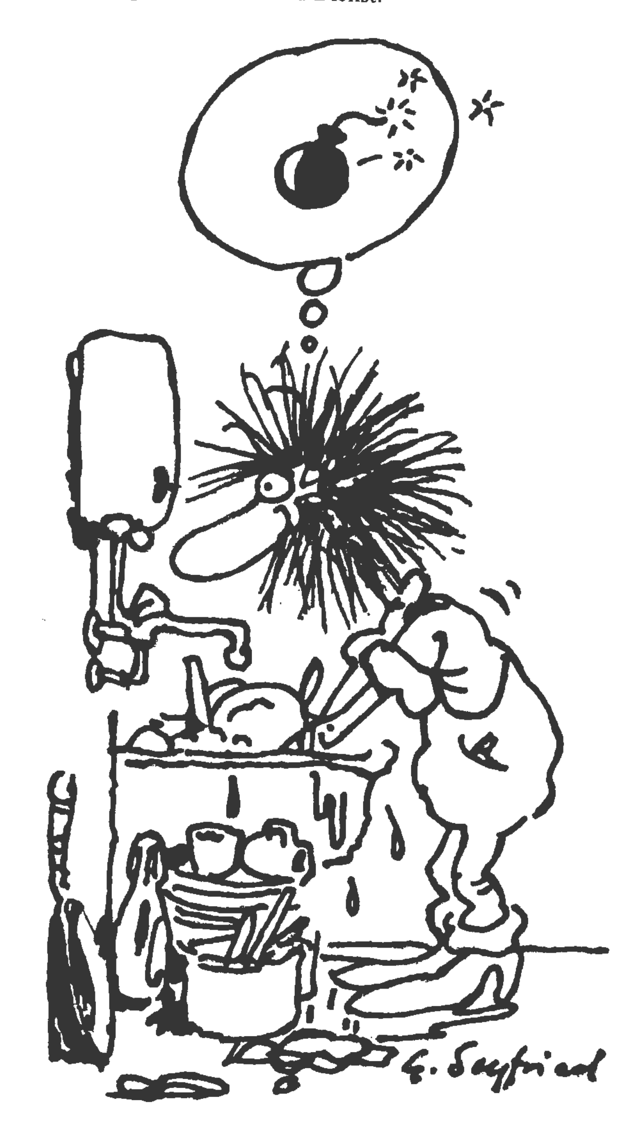
Mein Wunsch ist es, an Hand von Beispielen das alles deutlich zu machen, was über die Krawalle für viele erstmal nicht herüber zu kommen scheint. Daß dieses illusionäre Denken einiger Genossen ein Ende hat, daß man einfach nur „gut drauf" sein muß, um irgendetwas in Bewegung zu bringen, und daß wir von den Berliner Klassenkämpfen - und um nichts anderes handelt es sich hier - lernen, und uns auf die Situation vorbereiten, die kommt, wenn sich die Krise des Kapitals hier in Hamburg so bemerkbar macht wie in Berlin.
Nur kurz zu mir, ich mache in Berlin Knastbesuche und habe eine Menge Freunde dort, Kreuzberg 36 ist meine zweite Heimat geworden, ich fühle mich da unheimlich wohl. Trotzdem bin ich erstmal ein Beobachter, wenn wohl auch mit etwas mehr Draht zum Berliner Blues als viele Freunde des Krawallantenwesens hier. Und um das von vornherein noch mal klarzumachen, ich sehe mich selber als militanten Linken und finde die Krawalle dort genauso antörnend wie jeder andere, der hier ernsthaft was verändern will mit der Perspektive Revolution.

Das Heilehaus

Ich will euch mal etwas über das „Heilehaus" berichten, Es geht hierbei um eine alternative medizinische Versorgung, die zur Zeit in Kreuzberg 36 aufgebaut wird. Das Heilehaus ist eins von den vielen *besetzten* Häusern in diesem Stadtteil, wird aber nicht als Wohnhaus in dem Sinne wie die anderen Häuser benutzt, sondern ist, wenn man so will, ein regelrechtes Krankenhaus. Dort gibt es Behandlungszimmer für Massagen, Akupunktur, Akupressur, Homöopathie, und was weiß ich alles, dort trifft sich regelmäßig der Saniausschuß für Demos, dort gibt es Sprechzimmer, wo man bei der Diagnose gemütlich sitzen oder liegen und Kreutertees trinken kann. Da wird einem erklärt, wie man sich möglichst selber helfen soll. Es werden dort einige Krankenbetten stehen für Leute, die nicht anders versorgt werden können und sich dort gegenseitig helfen sollen. Ein großes Badezimmer, eine Sauna und ein türkisches Bad sind geplant und im Aufbau. Es gibt dort einen Gymnastikraum, wo auch Kampfsport trainiert wird. Es ist ein fast fertiger Geburtsraum dort, den Frauen, die zur Zeit schwanger sind, einrichten.

Und es wird dort auch ein Sterbezimmer geben, weil die Leute dort mit dem Tod sehr oft konfrontiert sind; nicht der Tod auf Demos, jedenfalls jetzt noch nicht, sondern der Tod durch Krankheiten, wie latente Gelbsucht, die im Ghetto häufig auftreten.
Eine Genossin, die ich gut kenne und die dort mitarbeitet, hat mir erzählt, daß es vielleicht sinnvoll ist, Geburts- und Sterbezimmer zusammenzulegen, wenn es möglich ist. Weil das eine Einheit bildet. Der Gedanke hat mich total fasziniert. Zwei andere Dinge finde ich auch total abgefahren: da ist das Schmusezimmer. In dem Zimmer können Leute, denen es schlecht geht, sich einfach nur wohlfühlen, Musik machen, malen, miteinander schmusen. Ich finde das unheimlich toll - es ist so ein Feeling dabei, daß hier die Krankheit wirklich zur Waffe gemacht wird, daß die Fäulnis dieser Gesellschaft, die in der Krankheit auch ihren Ausdruck findet, umgesetzt wird in Stärke. In Hoffnung auf ein besseres Leben, so wie es das Sozialistische Patientenkollektiv in Heidelberg wohl immer wollte.

Das zweite ist das Cafe Schüpber, das unmittelbar zum Heilehaus gehört. Dort treffen sich die Leute aus der Umgebung, um miteinander zu essen und zu klönen. Dort läuft dann auch letztlich für die Leute, die momentan außer Gefecht sind, die Diskussion weiter, weil dort auch die Gesunden sind. Ich hab es erlebt, daß dort alte Leute waren. Eine bessere Agitation kann es wohl kaum noch geben. Die Leute vom Heilehaus bringen auch eine Zeitung raus, sie heißt Doktorspiele und ist für die körperliche Instandsetzung am eigenen Leibe gedacht. Dort wird zum Beispiel in einer Zeitung das Problem mit den Ungeziefern erklärt, die es dort in rauhen Mengen gibt. Für jeden verständlich, woher sie kommen und wie man sie vernichtet, ohne möglichst Jakutin oder so'n Scheiß zu benutzen. Überhaupt ist alles darauf ausgerichtet, daß die Leute möglichst selber lernen, sich gegen Krankheiten zu wehren, so radikal wie sie sich gegen andere Sachen, die von den Schweinen kommen, auch wehren.
Ein wichtiger Punkt ist noch die Finanzierung des Ganzen. Das Heilehaus wird real von den Leuten getragen, die es benutzen, weil es für sie eine Notwendigkeit darstellt. In Kreuzberg gibt es viele Menschen, die nicht krankenversichert sind - Treber, Fixer usw. - es gibt dort allgemein viel Armut, ich würde sagen, daß die Scene dort ökonomisch gesehen wesentlich ärmer ist als die Scene hier in Hamburg. Hierüber bestimmt sich auch das Verhältnis der Leute, die dort die Menschen behandeln, zu ihrer Arbeit, nämlich weil es notwendig ist, was zu tun, produktiv zu werden, und nicht weil es gut ist, Kohle zu verdienen und zu konsumieren. Die Leute schleppen dort alles mögliche an Verbandszeug und Medikamenten an. Gemeinsam wird dafür gesorgt, daß was zu essen da ist. Handwerklich packen alle, die können, beim Aufbau ihrer Klinik mit an. Die Leute machen im Cafe Schlüpber abwechselnd Dienst.



Vielleicht hört sich das jetzt alles schon wieder etwas euphorisch an, aber wie gesagt, ich bin auch erstmal nur Beobachter, ich will etwas vermitteln über Kultur von Unterdrückten, die die Kultur der Schweine allemal in die Tasche steckt. Die Kultur des Widerstandes. Es wird bestimmt auch Schwierigkeiten geben, wenn das Heilehaus erstmal richtig in Gang kommen soll. Ich glaube, daß es notwendig ist, auch darüber zu berichten. Dazu vielleicht ein anderes mal. Ich habe aber das Gefühl, daß die Leute es schaffen werden, nur die Bullen können sie daran hindern, indem sie räumen oder bei einer Durchsuchung zerstören. Aber das wird unsere Brüder und Schwestern in West-Berlin nur noch radikaler machen. So etwas wie zum Beispiel das Heilehaus oder der Kinderbauernhof, oder die Kommunen, das Frontkino und vieles mehr, gibt den Leuten die Kraft zu kämpfen, ihre Ängste zu überwinden gegen die Schweine. Ohne die Ernsthaftigkeit dieser Genossen würde dort nicht annähernd so viel Krawall sein wie jetzt in Kreuzberg. Da kriegt das Bockprinzip eine ganz andere Qualität. Diese Leute haben zu dem, was sie tun, voll Bock, weil da Bewußtsein hintersteht. Leute, die dort eine Konsumhaltung draufhaben nach dem Motto 'drauf sein' und Krawalle machen, werden in der Situation in Kreuzberg, die immer härter wird, untergehen. Sie werden die Kraft zu kämpfen auf Dauer nicht haben . . . - ich will an dieser Stelle erstmal aufhören.

Wenn ihr das gut findet, daß solche Artikel im Schanzenleben abgedruckt werden, schreibt mal was dazu

Michi, Schanzenviertel

Graue Wölfe raus aus Hamburg !!

Seit einigen Wochen befindet sich ein neues Büro der „Grauen Wölfe" in der Paul-Roosen-Straße 15. Es ist erkennbar durch ein Schild mit der Aufschrift „HAMBURG TÜRK OCAGI". Das Haus wird verwaltet durch die Firma Arnold Herz & Co., Große Bleichen 68, HH 36, Tel 34 19 11.

Wenn die Grauen Wölfe sich in St. Pauli festsetzen können, ist zu befürchten, daß sie Terror gegen alle demokratischen und fortschrittlichen Bewohner des Stadtviertels ausüben werden, besonders unter den türkischen Kollegen. Genauso wie die deutschen Neonazis werden sie mit ihrer rassistischen Propaganda versuchen, uns – Deutsche und Ausländer – gegeneinander aufzuhetn. Ausserdem können die Faschisten auf St. Pauli ihre Verquickung mit Prostitution und Drogenhandel voll entfalten.
Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen uns aber auch, daß der Zusammenschluß der deutschen und ausländischen Demokraten und Antifaschisten im Stadtteil und ihr entschlossener Widerstand die faschistischen Grauen Wölfe vertreiben kann.

- **Sofortige Schließung des Büros der Grauen Wölfe in der Paul-Roosen-Straße !**
- **Gegen die Gleichsetzung von Faschisten und fortschrittlichen Arbeitern als sog. ‚Extremisten' !**
- **Verbot des Hamburg Türk Ocagi und der Türk Föderation**
- **Für ein solidarisches Zusammenleben von Deutschen und Ausländern !**
- **Deutsche und Ausländer gemeinsam gegen den Faschismus !**

(Erklärung des Aktionskomitee gegen Graue Wölfe)

TÜRKEI-DEMONSTRATION

am 12. September in Duisburg

zur zentralen Demonstration ruft ein breites Bündnis türkischer, kurdischer und deutscher Gruppen

Informationen und Buskarten zur Demo in Duisburg: Türkei-komitee- Hamburg Rostocker Str. 4, 2 HH 1, Tel. 24 69 40

Graue Wölfe in Hamburg

Schon 1974 wurde auf einer Versammlung in Norderstedt der türkische Kollege Neset Danis von einem faschistischen Schlägerkommando so schwer geschlagen, daß er im Krankenhaus an seiner Kopfverletzung starb. Obwohl Augenzeugen die Schläger identifizierten, wurde von den deutschen Behörden noch nicht einmal ein Verfahren eröffnet. Der Mörder, Kazim Gelgi, konnte in Ruhe weiter bei Blohm & Voss arbeiten, bis er letztes Jahr von einigen Antifaschisten erkannt und zumindest soweit zur Rechenschaft gezogen wurde, daß er ins Krankenhaus mußte. Er hält sich aber dennoch weiter in Hamburg auf. (Spliedtring 45, HH 74, Tel. 653 63 09)
Der 1977 gegründete faschistische Verein „HAMBURG TÜRK OCAGI" bezog zuerst ein Büro in der Winterstraße und wechselte im Februar 78 in die Eulenstraße 41. Diese Räume hatte ihnen die SAGA vermietet. Nach zahlreichen Protesten, Anfragen in der Bürgerschaft, und wegen des wachsenden Widerstands der Bevölkerung in Ottensen sah die SAGA sich gezwungen, den Faschisten das Büro zu kündigen, dessen Fenster schon durch Stahlplatten gesichert werden mußten.
Die Faschisten zogen daraufhin in die Bartelsstr. 30 im Schanzenviertel. Auch hier schlugen sie mehrfach in der Nähe ihres Büros Leute zusammen oder stürmten nachts betrunken auf die Straße, um Passanten und Autofahrer mit Knüppeln zu bedrohen.
Nach zahlreichen Protesten in der Nachbarschaft über die Provokationen der Faschisten und nachdem dem Vermieter die ewig zerbrochenen Fensterscheiben zu teuer wurden, wurden ihnen diese Räume vor kurzem ebenfalls gekündigt. Deshalb wichen sie jetzt in die Paul-Roosen-Straße aus.

Auch in den vergangenen Jahren haben die Angriffe der Faschisten nicht aufgehört. 1980 veruchten sie durch massive Einschüchterungen und Schlägereien fortschrittliche türkische Kollegen aus Eimsbüttel zu vertreiben. Höhepunkt war der Mordversuch vom 23. April 80 in der Osterstraße.
Anonyme Morddrohungen in Briefen oder per Telefon bei den Mitgliedern von fortschrittlichen Vereinen sind an der Tagesordnung. Auch der Mordversuch vom 12.6.81 an einem kurdischen Kollegen in Neuenfelde im Alten Land wird den Grauen Wölfen zugerechnet. Die Liste der Anschläge der Grauen Wölfe ließe sich noch beliebig fortsetzen.
Ihre Versuche, größere öffentliche Kundgebungen abzuhalten, schlugen allerdings fehl. Durch den breiten antifaschistischen Protest, der von Deutschen und Türken gemeinsam organisiert wurde, konnten sie jeweils von ihrem Kundgebungsort vertrieben werden, so daß sie sich nur noch unter massivem Polizeischutz und nicht auf den angekündigten Plätzen zu treffen wagten.
Im Schanzenviertel selbst haben wir die Grauen Wölfe eigentlich viel zu sehr in Ruhe gelassen, wenn man bedenkt, wieviele Antifaschisten hier wohnen. Ein Grund dafür ist sicherlich, daß viele von uns vor einer direkten Konfrontation zurückschrecken. Dabei kann die Gefährlichkeit der Grauen Wölfe eigentlich nur ein Grund sein, sie so aktiver zu bekämpfen, um zu verhindern, daß sie immer mehr werden und letztlich das ganze Viertel unter Kontrolle bekommen. Daß die wenigen Aktivitäten (und kaputten Scheiben) dennoch ausgereicht haben, um sie aus dem Schanzenviertel zu vertreiben, kann uns nur Mut machen, jetzt die St. Paulianer zu unterstützen, von vornherein offensiver gegen die Faschisten vorzugehen.
Initiativen und Bewohner aus St. Pauli haben sich inzwischen nämlich schon zusammengetan, um die Grauen Wölfe aus ihrem Viertel zu vertreiben. Eine erste Aktivität war ein Flugblatt, das am letzten Samstag Vormittag in ganz St. Pauli und besonders vor und in der Nähe von dem Büro der Grauen Wölfe verteilt worden ist. Es werden auch Unterschriften für die Schließung des Büros gesammelt. – Eine Unterstützung durch Leute aus dem Schanzenviertel können die St. Paulianer bestimmt gut gebrauchen, und sei es nur durch Protest-Anrufe bei dem Vermieter (34 19 11) oder im Büro der Grauen Wölfe selber (31 46 10).

Welche Ziele haben die Grauen Wölfe?

Die türkischen Faschisten (MHP), die das Symbol des Grauen Wolfes benutzen, wurden seit den 60er Jahren mit Hilfe des türkischen Geheimdienstes aufgebaut, um durch systematischen Terror und gezielte Anschläge die erstarkende Arbeiterbewegung in der Türkei in Schach zu halten bzw. zu zerschlagen. Sie wurden in besonderen Trainingslagern ideologisch und militärisch ausgebildet. Dem Führer der MHP, Alparslan Türkes, dient Hitler als Vorbild. Die Ideologie der MHP ist extrem nationalistisch: sie strebt die Abschaffung der Demokratie, die Gründung eines „Großtürkischen Reiches" und die Ausrottung der kurdischen Nation an.
Ein Beispiel für den Terror der Grauen Wölfe ist das Progrom von Kharamanmaras im Dezember 1978. Hier legten die Faschisten eine Bombe in ein mit Rechten vollbesetztes Kino, um diesen Anschlag anschließend den Linken in die Schuhe zu schieben. Somit schufen sie sich selbst den Anlaß zum „Gegenschlag": in einem brutalen Gemetzel ermordeten sie Hunderte von Menschen.
Kurz vor dem Militärputsch von 1980 gingen die Grauen Wölfe in CORUM und FATSA gemeinsam mit den Militäreinheiten gegen ganze Arbeiterwohngebiete vor. Mit bestialischen Morden taten sich auch hier die Grauen Wölfe hervor.
Mit gezieltem Einzelterror gegen fortschrittliche Arbeiter, Journalisten, Professoren, Gewerkschafter usw. verbreiteten sie Schrecken im ganzen Land. Auf diese Weise bereiteten sie den Boden für das Eingreifen des Militärs. Die Militärjunta spielt sich nun als "Retter der Nation" auf und gibt vor, den „Terror von rechts und links" zu bekämpfen.

Graue Wölfe in der Bundesrepublik

Die Auslandsorganisation der Grauen Wölfe ist die „Europäische Föderation demokratisch-idealistischer Türkenvereine" (TÜRK-Föderation), der über 100 Vereine angehören, darunter auch der 1977 gegründete „HAMBURG TÜRK OCAGI". Auch in der BRD verfolgen die Grauen Wölfe ihre fortschrittlichen Landsleute mit systematischem Terror. Opfer ihrer Anschläge sind Menschen, die sich ihren faschistischen Zielen widersetzen oder die in fortschrittlichen Arbeitervereinen organisiert sind. Hierbei schrecken sie – wie Beispiele in Norderstedt, Berlin und Aachen zeigen – auch vor Mord nicht zurück.
Mit kleinem alltäglichem Terror versuchen die Faschisten ganze Stadtviertel unter ihre Kontrolle zu bringen. Sie greifen Leser der demokratischen Zeitungen an, zwingen Eltern, ihre Kinder in die reaktionären Koran-Kurse zu schicken, verleumden fortschrittliche Sozialarbeiter, versuchen zu verhindern, daß türkische Mädchen Schulden und Kurse in Jugendzentren besuchen, erpressen von Einzelhändlern Abgabezahlungen und schlagen Gewerkschafter und Betriebsräte bis zur Unkenntlichkeit zusammen. Die Organisation wird durch organisierte Prostitution, Drogenhandel und Erpressung finanziert.
Ein Ziel der Grauen Wölfe ist es, durch die Verbreitung ihrer nationalistischen, „großtürkischen" Propaganda ein solidarisches Zusammenleben von Türken und Deutschen zu verhindern. Z.B. provozieren sie in Jugendzentren Streit zwischen türkischen und deutschen Jugendlichen. Dabei machen sie sich auch die bestehende Ausländerfeindlichkeit zu Nutze.

Was tun die Behörden und die Polizei?

Trotz der zahlreichen und jahrelangen Appelle an die Landes- und Bundesregierung von praktisch allen fortschrittlichen Organisationen bis hin zu Gewerkschaften, Kirchen und SPD-Gliederungen, die Grauen Wölfe zu verbieten, sind die Behörden nie ernsthaft aktiv geworden. Im Gegenteil: die Demonstrationen der Faschisten werden von massiven Polizeiaufgeboten geschützt und Gegenkundgebungen von Antifaschisten angegriffen. Oft behaupten die Behörden einfach frech, es gäbe gar keine „Grauen Wölfe".
Darüber hinaus wird sogar den von den Faschisten bedrohten Demokraten der Polizeischutz verweigert, wie z.B. den angeschossenen türkischen Kollegen in Eimsbüttel und Neuenfelde oder dem Journalisten Jürgen Roth in Frankfurt, der ebenfalls von Grauen Wölfen überfallen wurde. Stattdessen wird ständig mit dem Verbot ausländischer "extremistischer" Organisationen gedroht, und davon wären in erster Linie die fortschrittlichen Arbeitervereine betroffen.

KEIN PLATZ DEN GRAUEN WÖLFEN

IN HAMBURG – UND IN DER BRD – UND IN DER TÜRKEI – UND ÜBERHAUPT !!!